



Wirtschaft ohne Kapitalismus: Das Café der „Raupe immersatt“, Stuttgart, beamt Lebensmittelrettung raus aus der Foodsharing-Blase. Foto: Jens Volle

„Großer Stresstest für die Gesellschaft“

Wirtschaft

Von Dietrich Heißenbüttel (Interview)

Der real existierende Sozialismus ist gescheitert, der Kapitalismus verursacht gravierende Probleme. Der Sozialökonom Werner Onken fragt nach Alternativen und untersucht die Wirtschaftstheorien der letzten 250 Jahre. Ein Gespräch.

Herr Onken, Ihr dreibändiges Werk heißt „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Gibt es das überhaupt? Ist Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht dasselbe?

Bisher wurden Marktwirtschaft und Kapitalismus zumeist gleichgesetzt und entweder als beste aller Welten gerechtfertigt oder pauschal verurteilt – von Verfechtern des Kommunismus ebenso wie des Faschismus und des Nationalsozialismus. Es muss aber unterschieden werden: Nicht Markt und Wettbewerb als Mittel der dezentralen Selbstorganisation der Wirtschaft sind das Problem, sondern ihre Beschränkung durch monopolistische Privilegien und Machtstrukturen.



Werner Onken. Foto: privat.

Wie kommt es zu dieser marktbeherrschenden Stellung der Konzerne?

Eine Schlüsselrolle spielt das Geld. Es ist nicht bloß ein harmloses Tauschmittel. Ihm wohnt auch eine strukturelle Macht inne. Es vermehrt sich durch Zinsen und Zinseszinsen selbst. Das nenne ich ein leistungsloses Einkommen – die Ökonomen sprechen auch von Rente –, denn wer von Zinsen lebt, braucht nichts dafür zu tun. Es gibt aber noch weitere leistungslose Einkünfte, die bei der Akkumulation und Konzentration von Kapital eine Rolle spielen: Dividenden, zusätzliche Einnahmen durch Monopole, Patent- und Markenprivilegien, aus Haftungsbeschränkungen bei Kapitalgesellschaften, aus Steuerprivilegien und nicht zuletzt aus dem Besitz von Grund und Boden oder Immobilien. Solche privaten Einnahmen aus dem Besitz oder privilegierten Zugängen zu Ressourcen haben in den letzten Jahrzehnten einen enormen Umfang angenommen.

Was passiert, wenn die hohen Vermögen immer weiter wachsen und die Schere zwischen Arm

und Reich immer weiter auseinandergeht?

Das erleben wir ja gerade in aller Deutlichkeit. Die Krisen, denen unsere Gesellschaft ausgesetzt ist, häufen sich: zuerst die Corona-Pandemie, dann die Kriege in der Ukraine, Gaza und im Sudan, die Unterbrechungen globaler Lieferketten und die Inflation. Über allem schwebt als Damoklesschwert die Klimakrise, und in großen Teilen der Welt sind autoritäre Regierungsformen auf dem Vormarsch. Alle diese Krisen stellen einen großen Stresstest für die Gesellschaft dar, und das Erstarken des Rechtsextremismus zeigt, wie viel Vertrauen die etablierten politischen Kräfte in den letzten Jahrzehnten verloren haben. Im alltäglichen realpolitischen Gerangel sind die ursprünglichen Ideale von Sozialdemokratie und Grünen verblasst und haben kaum noch Überzeugungs- und Anziehungskräfte. Zudem gibt es seit dem Niedergang des Sowjetimperiums ohnehin keine große Sozialutopie mehr. Von alledem profitieren die Rechtsextremen, obwohl sie keinerlei Auswege aus den Krisen der Gegenwart anzubieten haben.

Brauchen wir eine Umverteilung?

Angesichts der gigantischen sozialen Ungleichheit bedarf es einer Doppelstrategie: Staatliche Umverteilungen, zum Beispiel eine Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, sind notwendig. Sie können aber die kapitalistische Marktwirtschaft nur quasi von außen zähmen. Zu ihrer Kernsanierung braucht es weitergehende Strukturreformen.

Der Untertitel Ihres Buches lautet: „Von der Akkumulation und Konzentration der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung“. Der erste Teil bezieht sich auf die Zeit der Industrialisierung. Ist diese Epoche vorbei?

Wirklich vorbei ist sie nicht. Zwar sind der frühkapitalistischen Industriegesellschaft eine Dienstleistungs- und eine Informationsgesellschaft gefolgt, und derzeit befinden wir uns mitten in der digitalen Revolution. Aber die Entwicklung folgte von ihren Anfängen bis heute dem verfehlten Grundprinzip der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital. Zwar wurde es teilweise auch durch Leistung erworben, aber zum größeren Teil stammt es aus dem Bezug von leistungslosen Privilegieneinkünften. Zudem ist und bleibt dieses falsche Grundprinzip fossil basiert. Auch wenn regenerative Energien aus Sonne und Wind an die Stelle der Energien aus Öl, Gas und Uran treten, werden gigantische Mengen von natürlichen Ressourcen verbraucht.

Und was meinen Sie mit einer Dezentralisierung der Wirtschaft?

Meiner Meinung nach müsste es in diese Richtung gehen: Privilegieneinkünfte gehen gegen Null. Infolgedessen bekommen die Arbeitenden den vollen Ertrag ihrer Arbeit und können entweder eigene, kleinere Unternehmen aufbauen oder sich an mittleren und größeren Unternehmen beteiligen. Im Modell einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ geht es um eine evolutionäre Transformation vor allem der großen haftungsbeschränkten Kapitalgesellschaften in viele mittlere Genossenschaften und andere nicht mehr auf Renditemaximierung eingestellte Unternehmensformen. Letztlich sollte die Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln aufgehoben und die Lohn- und Gehaltsabhängigkeit überwunden werden.

Worauf kommt es an: verantwortliches unternehmerisches Handeln oder staatliche Regulierung?

Mehr als an punktuelle Interventionen des Staates in einzelne Wirtschaftsprozesse denke ich an eine gerechte Rahmenordnung, in die ein demokratischer, aber nicht mehr von Lobbyinteressen durchsetzter Rechtsstaat die Wirtschaft einbetten sollte. Innerhalb dieser Rahmenordnung sollte die kapitalistische Marktwirtschaft von allen ihren Privilegien befreit werden. Dann können sich in einem fairen Wettbewerb sozial und ökologisch verantwortbare Handlungsweisen und Formen der Kooperation entfalten.

Gibt es ein grünes, ökologisches Wachstum?

Nach dem Buch „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 wurde versäumt, eine Wirtschaft zu konzipieren, die auch ohne Wachstum stabil ist. Stattdessen ging es nur um einen „Green Capitalism“. Natürlich können ressourcen- und energieeffizienter hergestellte Produkte sinnvoll sein. Aber solange das Akkumulations- und Konzentrationsprinzip in der Wirtschaft fortbesteht, können sie unseren Planeten nicht retten.

Wirtschaft ohne Wachstum – das erscheint manchen unvorstellbar. Wie geht das?

Als erster Ökonom hat John Stuart Mill schon 1848 eine Wirtschaft ohne Wachstum vorausgesehen. Auch John Maynard Keynes hat schon in den 1930er-Jahren keineswegs nur schuldenfinanzierte staatliche Konjunkturprogramme

gefordert, was in der großen Weltwirtschaftskrise angesichts der Ausbreitung des Faschismus in Deutschland, Italien und Spanien richtig war. Keynes hatte auch große Sympathien für die Geldreformideen.

Geldreform?

In meinem Buch verfolge ich den Faden von den englischen und französischen Frühsozialisten über John Stuart Mill und Pierre Proudhon zu Boden- und Geldreformern wie Henry George, Franz Oppenheimer oder Silvio Gesell. Gesell hatte zum Beispiel die Idee eines „rostenden Geldes“, das, wenn es nicht investiert, sondern nur für Spekulationsgewinne gehortet wird, an Wert verliert. Keynes hat diese Reformideen wissenschaftlich diskutierbar gemacht. Nur erschien ihm deren praktische Umsetzung damals noch nicht ausgereift. Aber er war sich sicher, dass die Kapitalrenditen infolge einer Geldreform gegen Null sinken könnten. Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte er darüber hinaus den klugen „Bancor-Plan“ für eine gerechte Nachkriegsordnung der globalen Währungs- und Wirtschaftsbeziehungen.

Bancor-Plan? Was bedeutet das?

Keynes dachte an eine neutrale Weltwährung, den Bancor. Er sollte zu einer Überwindung des aus Kolonialzeiten stammenden Nord-Süd-Gegensatzes beitragen. Leider wurde der Plan auf der Konferenz des Völkerbunds 1944 in Bretton Woods nicht angenommen. Zur Währung hätte auch noch eine Verwaltung der globalen Ressourcen durch die Vereinten Nationen hinzukommen müssen, denn sie sind Gemeingüter der ganzen Menschheit. Leider haben nur wenige Frauen zu diesen Themen gearbeitet. Margrit Kennedy und Elisabeth Meyer-Renschhausen etwa ging es auch darum, wie sich die patriarchale Geschlechterhierarchie in ein egalitäres Verhältnis zwischen Frauen und Männern (und anderen sexuellen Identitäten) transformieren ließe.

Geldtheorien gibt es viele, vom Monetarismus bis zu den Vertretern von Regional- oder Kryptowährungen. Für Nicht-Fachleute ein Buch mit sieben Siegeln. Was wäre Ihre Empfehlung?

Eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ ist ein großes Thema. Vieles bedarf noch der weiteren Bearbeitung durch Menschen, die es ernst meinen mit gleicher Freiheit für alle, Gerechtigkeit, Frieden und naturverträglichem Wirtschaften. Überall sehen wir, dass uns eine bloß pragmatische Realpolitik bei der Bewältigung der sich vor uns auftürmenden Krisen nicht weiterhilft. Es ist notwendig, auch über die Realutopie einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus nachzudenken und weiterzuentwickeln, was bisher dazu gedacht worden ist.

Was halten Sie von Konzepten wie Gemeinwohlökonomie oder der Bürgerbewegung Finanzwende?

Ich sehe Schnittmengen mit ihnen, ebenso wie mit der Commons-Bewegung und den Bewegungen, die für ein Grundeinkommen oder die Tobinsteuer eintreten. Hier sind Kooperationen sinnvoll.

Wo muss der Wandel beginnen: oben, durch Änderungen am System? Oder unten, durch konkrete positive Beispiele wie solidarische Landwirtschaft, Fair Trade, Reparaturcafés, Tauschläden und andere neue Formen des Wirtschaftens?

Nicht Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch. Die Transformation muss in den Köpfen und Herzen beginnen und zu praktischem Handeln sowohl „oben“ als auch „unten“ führen. Ich hoffe, dass linksliberal, grün und links orientierte Menschen diese Ideen aufgreifen, bevor das Gespenst des Rechtsextremismus noch weiter überall in Europa und in der Welt um sich greift und uns alle in einen Abgrund von Unmenschlichkeit und weiterer Naturzerstörung zieht.



Dezentrales Wirtschaften, sogar ohne Geld: Kleidertausch bei einer Ökofair-Modenschau der Heinrich-Böll-Stiftung in Karlsruhe. Foto: Joachim E. Röttgers